



Berlin, 21. Juni 2010

GdP zum Verfassungsschutzbericht 2009

Anstieg linksextremistischer Gewalt nicht verharmlosen

Berlin. Vor einer Verharmlosung linksextremistischer Gewalt hat der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut gewarnt. Witthaut: „Die Steigerung linker Gewalttaten um rund 60 Prozent im vergangenen Jahr ist alarmierend. Ohne in der Bekämpfung des Rechtsextremismus nachzulassen muss auch der Linksextremismus stärker in Politik und Gesellschaft geächtet werden.“

Witthaut: „Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Autonomen und anderen gewaltbereiten Linksextremisten offenbar Auftrieb gegeben.“ Leider, so die GdP, herrsche bis in linksliberale bürgerliche Kreise hinein die Tendenz, linke Gewalt zu verharmlosen. Witthaut: „Es ist dringend notwendig, gegen gewaltbereiten Linksextremismus ebenso breite Bündnisse zu schmieden, wie das gegen die rechte Szene der Fall ist.“

Es sei bedrückend, so Witthaut, wie die linke Szene unter anderem in Internetforen mit dem Sprengstoffanschlag gegen die Polizei am 12. Juni in Berlin anlässlich einer Großdemonstration gegen die Sparpläne der Bundesregierung, bei der zwei Einsatzkräfte schwer verletzt wurden, umgehe. Witthaut: „Da trieft es von fadenscheinigen Ausreden bis hin zu offener Genugtuung und Schadenfreude.“

Dabei steige, so die GdP, die linke Gewalt sei Jahren insbesondere in Berlin und Hamburg an. Linke Gewalt richte sich vornehmlich gegen die Polizei, nehme aber auch keine Rücksicht darauf, Eigentum und Gesundheit unbeteiligter Bürger zu schädigen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190